

Herr Burkhalter, öffnen Sie die Botschaft in Damaskus!

Es war ein Fehler, sich 2012 aus Syrien zurückzuziehen. Gerade jetzt wäre eine eigene Vertretung im Krisenland dringend nötig



Paul Widmer

Botschaften sind immer nützlich. Am nützlichsten sind sie in schwierigen Zeiten. Dann kommt es besonders darauf an, einen Draht zur Regierung zu haben. Doch im Fall von Syrien hielt die Schweiz nicht viel von diesem Grundsatz. Schritt für Schritt reduzierte sie die offiziellen Beziehungen. Was war geschehen?

Im Frühjahr 2011 brachen in Syrien heftige Kämpfe zwischen Regierung und Opposition aus. Präsident Bashar al-Asad machte sich schwerster Menschenrechtsverletzungen schuldig. Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, die das Aussendepartement (EDA) oft wie eine Menschenrechtsorganisation führte, wollte darauf ein Zeichen setzen. Sie rief den Botschafter in Damaskus zu Konsultationen zurück und liess den Botschafterposten unbesetzt. Im Februar 2012 ging Bundesrat Didier Burkhalter einen Schritt weiter. Er schloss die Botschaft in Damaskus ganz. Alles Personal wurde abgezogen.

Burkhalter, von einem Staatssekretär mit null diplomatischer Erfahrung beraten, hatte

damals das Departement eben erst übernommen und setzte fort, was seine Vorgängerin eingefädelt hatte. Die Schweiz schloss sich auch den EU-Sanktionen voll an. Keine eigenständige Haltung - im Gegensatz zu den Iran- oder Russland-Sanktionen, wo man nicht alle Beschlüsse übernommen hatte.

Später zog das EDA die Schraube weiter an. Im Mai 2012 erklärte es die syrische Botschafterin in der Schweiz zur Persona non grata. Damit wollte man gegen neue Massaker von Asad protestieren. War diese Reaktion angemessen? Nach allen Regeln der Diplomatie weist ein Staat Diplomaten nur aus, wenn sie sich persönlich etwas im Residenzland haben zuschulden kommen lassen - nicht um die Politik seines Staates zu verurteilen. Die Botschafterin residierte übrigens nicht einmal in der Schweiz, sondern in Paris. Aber eben, Frankreich, Deutschland, Italien und andere wiesen die Botschafter aus. Und Bern wollte gleichziehen.

Burkhalter hat viel Lob dafür geerntet, wie er als OSZE-Präsident im Konflikt zwischen Russland und der Ukraine zu vermitteln suchte. Moskaus Vertrauen gewann er auch deshalb, weil die Schweiz die EU-Sanktionspolitik nicht voll mittrug. Das EDA rechtfertigte die neutrale Haltung damals mit den Erfordernissen der Präsidentschaft. Aber so sollte es nicht sein. Die Neutralitätspolitik der Schweiz muss nicht wegen einer Präsidentschaft, sondern konstant glaubwürdig sein. Da könnte man einiges besser machen.



ILLUSTRATION: GABRIELLA

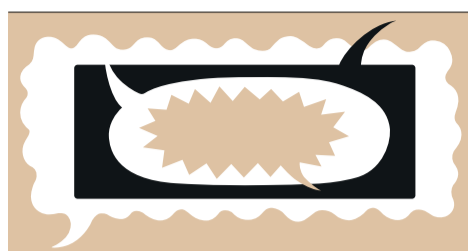


Eine Botschaft kann man nicht öffnen und schliessen wie ein Ferienchalet. Jeder Schritt ist symbolisch aufgeladen.

Um auf Syrien zurückzukommen: Die Schweiz hätte ihre Botschaft nie schliessen dürfen. Es gibt mehrere Gründe dafür. Erstens kann sie sich vor Ort viel effizienter engagieren als aus dem fernen Bern. Zweitens benötigte man gerade jetzt mit dem Flüchtlingsdrama dringender denn je eine eigene Antenne in diesem Krisenland. Drittens wäre eine funktionierende Botschaft das beste Unterpfand für Gute Dienste. Wie viele andere Staaten hätten ihr ein Schutzmachtmandat anvertraut, wenn sie in Damaskus ausgeharrt hätte? Übrigens hatten die Tschechen und die Rumänen trotz EU-Direktiven ihre Flagge nie eingerollt.

Eine Botschaft kann man nicht öffnen und schliessen wie ein Ferienchalet. Jeder Schritt ist symbolisch aufgeladen. Wenn die Schweiz jetzt einen Botschafter nach Damaskus zurückschickt, bedeutet dies eine Aufwertung des Regimes von Asad. Das kann man nicht wollen. Dennoch sollten wir zurückkehren. Warum? Um dort zu sein, wo man benötigt wird. Zur Rechtfertigung der Kursänderung könnte man die Verhandlungen in Genf anführen, vor allem aber jenen Grundsatz, den das EDA sträflich missachtet hat. Er lautet: Staaten anerkennen Staaten, nicht Regierungen. Wir müssen in Damaskus präsent sein wegen Syrien, nicht wegen Asad.

Paul Widmer ist Alt-Botschafter und lehrt heute an der Universität St. Gallen.



Showdown Stefan Bühler

Am Samstag musste ich nach Zürich. Für einen unteren Gürbetaler ist das zwar etwas Aussergewöhnliches, aber es kommt vor. Als wäre das nicht Strafe genug, erklärte der Zugführer bei der Ausfahrt aus dem Bahnhof Bern über den Lautsprecher, der Zug werde umgeleitet, man treffe mit zehn Minuten Verspätung in Zürich ein. Und dafür war ich um sechs Uhr in der Früh aufgestanden!

Statt das Mittelland rasend unterirdisch zu durchqueren, godelte ich also durchs Emmental. Über die alte Strecke, für deren Bau man einst nicht das Tal begradigt hatte - nein, man führte die Linie den Höhenkurven entlang, bald leicht nach links, dann wieder in sanftem Bogen nach rechts. Es war ein wohliges Schaukeln. Der Zug fuhr so langsam, dass die Landschaft vor dem Fenster nicht verwischte, man konnte allerlei Details erkennen: honiggelbe Rapsfelder, blühende Kirschbäume in der Gegend von Burgdorf. Einen kreisenden Rotmilan im blauen Himmel über einem der dunklen Höger. Ein Reh am Waldrand hinter Wynigen. Und, vor einem behäbigen Bauernhof mit feuerroten Geranien auf allen Fenstersimsen, das erste Maitännli. Ein Maitännli - Holz gewordene Liebeserklärung des Jünglings an seine Angebetete. Für Vreneli! Schon am 30. April - es muss eine grosse Liebe sein. Ach!

Und dann erspähte ich ihn: Ueli, Ueli den Knecht. Stumm stand er da, am Rand einer saftigen Matte, einen Grashalm kauend. Sinnierend. Er schätzte Länge und Breite des Felds, was es ihm als Bauland einbringen würde, wie viel er dem Staat wohl vom Gewinn abgeben müsste - und dass der Bauernverband in Bern bitte dafür sorgen sollte, dass man ihm die Steuer erlasse. «Verkauf nicht, Ueli! Verkaufe nicht!», rief ich ihm noch zu. Doch ich hatte vergessen, das Fenster zu öffnen. Er hat mich wohl nicht gehört.

TV-Kritik Von Regula Freuler

In der zweiten Runde des Comedy-Castings fehlen neue Ideen

Headhunter

SRF 1, 29. April, 23 Uhr 45

«Headhunter» heisst der zweite Teil des Comedy-Versuchs, mit dem das Schweizer Fernsehen herausfinden möchte, was das Publikum noch anderes mögen könnte als das beliebte Duo Giacobbo/Müller, das Ende Jahr aufhört. Müslüm war der erste, Ende Mai darf sich dann Dominic Deville als dritter Kandidat versuchen. Klingt nach Casting. Und um Casting geht es auch in «Headhunter». Zwei Gäste treten als Konkurrenten um eine fiktive Stelle gegeneinander an. In der ersten von insgesamt vier Sendungen waren das Röbi Koller und Christa Rigozzi. Sie kämpften um den Chefposten in der Tourismusdirektion. «Was stört dich am meisten, wenn du in der Schweiz Ferien machst?», will Moderator Michel Gammenthaler von Rigozzi wissen. «Die Baustellen», sagt sie. Und was stört Röbi Koller? Wie die Schweiz am Flughafen Kloten auf Muh- und Alphorn-Klänge reduziert werde. Und Nacktwanderer.

So geht es 25 Minuten weiter: Für die wahren Probleme im Tourismus ist «Headhunter» das falsche Gefäss, für überraschende Momente sind Rigozzi und Koller als Spontaneitätsprofis die falschen Gäste. Die Sendung wirkt darum furchtbar abgezurkt. Dass man wüsste, was böser Humor



Die «Headhunter»-Moderatoren Anet Corti und Michel Gammenthaler, flankiert von den Gästen Christa Rigozzi und Röbi Koller.

ist, zeigt sich nur am Anfang kurz, etwa im Einspieler mit einem Wilhelm Tell, der Touristen anlockt: «Gehen Sie auf einen Sprung nach Lauterbrunnen - und sparen Sie erst noch das Retourbillet.» Oder in Gammenthalers Anmoderation: Mit dem Budget von Schweiz Tourismus könne man die alten Ostblockländer mit einer Plakatkampagne zupflastern - «Besuchen Sie die Schweiz, Ihre Töchter sind schon da.»

Nachdem sich bereits Müslüm in seinen vier Ausgaben mit Schweiz-Stereotypen auseinandersetzte und es auch bei «Headhunter» ausschliesslich um solche geht (und um die ständige Erwähnung von Kollers Sendung «Happy Day»), fragt man sich: War das eine Vorgabe, oder fällt Schweizer Komödianten nichts anderes ein? Am Ende richtet das Saalpublikum Taschenlampen auf Zielscheiben. Rigozzi staunt: «Wow, ist doch schönööön.» Schön und Comedy - das kann nicht lustig ausgehen.

Grenzerfahrung

Keine Panzer an der Grenze



Marina Masoni

Wie schwierig ist doch die Verständigung zwischen Nachbarstaaten in Zeiten der Massenkommunikation. Wie viele Falschmeldungen überqueren die Grenzen. Das Tessin kann ein Lied davon singen. Zwei Beispiele aus den vergangenen Wochen: Am 1. Juni wird der Gotthardbasistunnel eingeweiht, ein ausserordentliches Bauwerk, das die Distanzen in der Schweiz verkürzt und als Teil des Hochgeschwindigkeits-Netzes auch ganz Europa zugutekommen wird. Mitte April erklärte der italienische Premierminister Matteo Renzi am Rande einer Regierungssitzung öffentlich, der neue Basistunnel sei von Italien gebaut worden. Im Tessin war der Teufel los.

Zweiter Fall: Ungefähr zur gleichen Zeit stellte der Bundesrat den Notfallplan für einen allfälligen Massenansturm von Flüchtlingen vor. Bei Bedarf sollen Panzergrenadiere während ihres WK das Grenzschutzkorps an der Grenze zu Italien unterstützen. Vermutlich durch einen Titel der Zeitung «Blick» aufgeschreckt, meldeten österreichische und italienische Medien, die Schweiz wolle an der Grenze zu Italien Panzer auffahren. Der Gouverneur der Lombardei Roberto

Maroni übernahm die Schlagzeile, die unmittelbar nach dem Entscheid des Bundesrates vom 20. April verbreitet wurde, und behauptete: «Die Schweiz fährt Panzer an der Grenze auf, um den Ansturm von Flüchtlingen abzuwehren.» Unfassbar.

Wie ist es in Zeiten der Massenkommunikation möglich, dass sich Falschmeldungen wie diese ungehindert verbreiten können? Der Gotthardtunnel als italienische Errungenschaft und Schweizer Panzer an der Südgrenze? Das gibt zu denken, denn es handelt sich hier nicht um Stammtisch-Klatsch, sondern um offizielle Erklärungen hoher Politiker und Zeitungen mit einer breiten Leserschaft. Falschmeldungen überqueren die Staatsgrenzen ungebremst und können, was am schlimmsten ist, zu Missverständnissen führen und sogar Spannungen zwischen Nachbarländern erzeugen. Dabei gibt es in Europa schon Spannungen genug.

Ist das vielleicht deshalb möglich, weil die Politik auf allen Ebenen immer mehr zu Marketing wird und immer weniger Substanz hat? Und weil viele Medien immer mehr reiserische Schlagzeilen statt Inhalte verbreiten? Hinter dem Marketing steckt kaum Politik, hinter den Schlagzeilen kaum Inhalt. Der gemeinsame Nenner ist die Oberflächlichkeit, das Unmittelbare. Wollen die Wähler und Leser das so? Offenbar ja. Diese Entwicklung ist nicht schön und erst recht bedenklich, wenn sie sogar die höchsten institutionellen Ebenen und Themen berührt, die für unsere Grenzregion so wichtig sind.

Marina Masoni ist Anwältin und ehemalige Staatsrätin des Kantons Tessin.